



Will auch die Wohlhabenden stärker an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligen: Carsten Schneider.

»Unsere obersten Prioritäten sind Schuldenabbau und Bildungsinvestitionen«

Was ist ein gerechtes Steuersystem? Wie nimmt der Staat genug ein, um seine Aufgaben zu erfüllen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Projektgruppe „Steuer- und Finanzierungskonzept“ der SPD-Fraktion. Ein Interview mit dem Projektleiter Carsten Schneider.

Es wird gerne behauptet, dass 70 Prozent der weltweiten Steuerliteratur in deutscher Sprache verfasst sind. Spricht das für oder gegen das deutsche Steuersystem?

Auch andere Länder haben komplizierte Steuergesetze. Der Umfang des Steuerrechts kann kein Maßstab sein. Wichtig sind die folgenden Fragen: Ist unser Steuersystem gerecht? Nimmt der Staat genügend Steuern ein, um seine Aufgaben erledigen zu können? Ist er finanziell in der Lage, in die Zukunft zu investieren? Alle drei Fragen müssen mit Nein beantwortet werden. Mittlerweile liegt der gesamtstaatliche Schuldenstand bei mehr als 2 Billionen

Euro. Das wissen auch die Bürger: Früher stand die Angst vor Arbeitslosigkeit in den Sorgenbarometern ganz oben. Heute nimmt die Sorge vor den Staatsschulden den ersten Platz ein.

Die SPD-Bundestagsfraktion berät seit anderthalb Jahren in einer Projektgruppe unter Deiner Leitung über ein neues Steuer- und Finanzierungskonzept. Warum brauchen wir solch ein neues Konzept?

Der SPD-Parteivorstand hat ausdrücklich beschlossen, was eigentlich selbstverständlich ist: Wir werden nichts versprechen, was wir nach der Regierungsübernahme nicht einhalten kön-

heim, sondern finanziert jeden Vorschlag solide gegen. Das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben muss stimmen: Wir machen keine Politik auf Pump und halten die Schuldenbremse im Grundgesetz strikt ein. Im Rahmen des Projektes „Deutschland 2020“ begleiten wir alle anderen Projektgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, die

„Die SPD baut kein Wolkenkuckucksheim, sondern finanziert jeden Vorschlag solide gegen“

ausgabenrelevante Themen bearbeiten. Dieselbe Funktion übernehmen wir bei der Ausarbeitung des Regierungsprogramms.

Welche Rolle spielt die Projektgruppe im gesamten „Projekt Zukunft“ und wie fällt Dein bisheriges Fazit aus?

Wir sind eine von acht Gruppen des „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ der SPD-Bundestagsfraktion. Gemeinsam haben wir intensiv an politischen Lösungen für die Probleme der kommenden Jahre gearbeitet: Bildung, Infrastruktur, Kreativwirtschaft – und eben Finanzen. Unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit und im Dialog mit Bürgern, Wissenschaftlern, Gewerkschaften und Verbänden. Die Kernfrage war: Was können wir tun, damit Deutschland 2020 ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist? Herausgekommen ist eine Skizze unserer Vision für Deutschland im Jahr 2020. Die Resonanz darauf war und ist groß. Zum Beispiel auf unserem zweitägigen Zukunftskongress im September, wo wir unsere Vorschläge vorgestellt haben. Die Diskussionen dort waren sehr lebendig und fruchtbar.

Du sagst, dass wir derzeit kein gerechtes Steuersystem haben. Woran fehlt es?

Die soziale Schieflage des Steuersystems muss ein Ende haben. Zum einen müssen wir Steuerhinterziehung konsequenter bekämpfen. Aus diesem Grund haben wir das schlecht verhandelte Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland im Bundesrat abgelehnt. Wir werden auch in Europa darauf achten, dass die geldwäscher konsequenter bekämpft wird.

„Heute nimmt die Sorge vor den Staatsschulden den ersten Platz ein“

nen. Deshalb haben wir mit unserem „Pakt für Bildung und Entschuldung“ ein umfassendes, gesamtstaatliches Finanzierungskonzept vorgelegt. Darin rechnen wir solide vor, wie wir unsere Politik in Zukunft finanzieren wollen. Die SPD baut kein Wolkenkuckucks-

Keinesfalls werden wir zulassen, dass in Europa Banken weiter mit Steuergeld gestützt werden, ohne dass die Verursacher der Krise an den finanziellen Lasten beteiligt werden. Die Finanztransaktionssteuer muss jetzt endlich kommen. Zum anderen – und besonders wichtig – sollten die Wohlhabenden stärker an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben beteiligt werden. Mittlerweile besitzen die oberen zehn Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des Gesamtvermögens.

Demgegenüber stehen stark unterfinanzierte Kommunen. In staatlichen Einrichtungen wie Schulen oder Universitäten fehlt es an Geld für das Nötigste. Hat die Politik es versäumt, hier rechtzeitig gegenzusteuern?

Ja. Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt eine extrem fahrlässige Steuer- und Haushaltspolitik. Unsere Kinder werden die Suppe später auslöffeln müssen. Viele Städte und Gemeinden sind an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Die öffentliche Infrastruktur verfällt. Dringend notwendige Investitionen werden verschoben. Das ist wie beim Auto: Werden die kleinen Reparaturen verschleppt, kann es am Ende richtig teuer werden. Mit unserem Konzept können wir zusätzliche Investitionen in Höhe von drei bis vier Milliarden Euro jährlich finanzieren.

„Der Regierung Merkel-Rösler fällt außer Schuldenmachen haushaltspolitisch nichts mehr ein“

Trotz sehr guter Konjunktur und sehr hohen Steuereinnahmen wird der Bund auch 2013 17,1 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Ist das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts überhaupt zu realisieren?

Wir als SPD haben Vorschläge auf den Tisch gelegt, mit denen der Haushalt bereits im kommenden Jahr ausgeglichen werden könnte. Es ist ein Trauerspiel: Der Regierung Merkel-Rösler fällt außer Schuldenmachen haushaltspolitisch nichts mehr ein. Was ist eigentlich aus dem „Liberalen Sparbuch“ geworden? Die FDP hatte in ihrer Oppositionszeit mehr als 400 Kürzungsvorschläge im Bundeshaushalt notiert. Seit 2009 regiert sie selbst mit. Und das Ergebnis? So kläglich, dass die FDP-Fraktion sich auf ihrer Internetseite

te dafür rechtfertigen muss. Die Koalition hat im Haushalt strukturell kaum eingespart und keine Subventionen abgebaut. Im Gegenteil, mit dem Hoteliers-Privileg haben sie sogar eine neue, teure Subvention geschaffen. Dass der deutsche Schuldenstand mittlerweile über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt und damit um mehr als 20 Prozentpunkte über dem Maastricht-Kriterium liegt, ist der Mutlosigkeit dieser Koalition zu verdanken.

„In Deutschland hängen die Lebenschancen noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft ab“

Welche Vorschläge macht die SPD-Fraktion denn konkret, um die Einnahmen des Staates zu erhöhen?

Wir werden die schwarz-gelben Steuererleichterungen für Hoteliers zurücknehmen und den Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro Jahresverdienst für Alleinverdiener wieder auf 49 Prozent anheben. Darüber hinaus werden wir ökologisch schädliche Subventionen abbauen. Unsere Liste umfasst unter anderem die steuerlichen Vergünstigungen für Agrardiesel, die Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie die Begünstigung von Flugbenzin. Zudem schaffen wir das kontraproduktive Betreuungsgeld wieder ab. Und wir wollen die Subventionierung von Niedriglöhnen über die Sozialkassen beenden, indem wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro einführen. Auch die Ver-

wirklichung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bringt mehr Steuereinnahmen, weil es die Kaufkraft stärkt. Die Länder sollen durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Reform der Erbschaftssteuer neue eigene finanzielle Spielräume erhalten. Unterm Strich werden wir knapp 15 Milliarden Euro einsparen, davon 9 Milliarden Euro im Bundeshaushalt. Zugleich schaffen wir so Spielräume für Zukunftsinvestitionen.

Die Sozialdemokraten sind ehrlich und sagen klar: Nicht alles ist finanzierbar. Wo setzt die SPD-Fraktion in ihrem Konzept die Prioritäten auf der Ausgabenseite?

Unsere obersten Prioritäten sind Schuldenabbau und Bildungsinvestitionen. In Deutschland hängen die Lebenschancen noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Menschen gleiche Perspektiven bietet. Dafür brauchen die Bundesländer zusätzliche Mittel. Indem wir das Kooperationsverbot abschaffen, kann sich der Bund stärker an den Bildungsausgaben beteiligen. Parallel dazu erhöhen wir die Kaufkraft der klammen Städte und Kommunen. Das Geld soll dahin fließen, wo es im Alltag nützt. Damit keine Schwimmhallen, Theater und Bibliotheken geschlossen werden – und neue Investitionen in die Zukunft möglich sind.

Im kürzlich beschlossenen Haushalt für 2013 sind mögliche Zahlungen für Griechenland gar nicht berücksichtigt. Hätte man den Haushalt so überhaupt verabschieden dürfen?

Die SPD hat sich genau aus diesem Grund gegen die Verabschiedung ausgesprochen und eine Vertagung gefordert. Zu Recht, wie sich nur vier Tage

„Das Geld soll dahin fließen, wo es im Alltag nützt“

später herausstellte. Schon mit dem ersten Nachtragshaushalt 2012 hat Deutschland durch geringere Zinseinnahmen und einen niedrigeren Bundesbankgewinn Geld verloren. Die bisherige Argumentation der Bundeskanzlerin – die Finanzkrise in Europa würde Deutschland nichts kosten und wir würden an den Krediten für Griechenland auch noch verdienen – ist in sich zusammengebrochen. Jetzt wird Herr Schäuble sogar noch 2,7 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben und nach Griechenland überweisen.

Wie lange wird uns die Griechenland-Krise noch beschäftigen?

Mindestens noch die nächsten zwei Wahlperioden. Vielleicht hält die letzte Flickschusterei bis kurz nach der Bundestagswahl. Aber weil bereits verplante Mittel für das Schuldentrückkaufprogramm vorgezogen werden, fehlen sie im übernächsten Jahr. Gänzlich ungeklärt ist die Finanzierung des Landes ab 2015. Bisher ist vorgesehen, dass Griechenland sich dann bereits wieder Geld am Kapitalmarkt zu vertretbaren Zinsen leihen kann. Doch das ist völlig unrealistisch. Und allein für die Jahre 2015 bis 2020 steht schon heute ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von rund 100 Milliarden Euro fest. Nach der Bundestagswahl kommt also ein drittes Griechenland-Programm oder ein Schuldenschnitt. Diese Wahrheit enthält die Bundeskanzlerin den Menschen in Deutschland vor. ■



Carsten Schneider (2. v. li.) auf dem Podium beim Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion im Oktober 2012.